[](https://www.kla.tv/22430)Medienkommentar

WHO-Pandemievertrag führt zu Gesundheitsdiktatur durch finanzstarke Stiftungen!

**Im März 2022 fanden am WHO-Sitz in Genf Verhandlungen über ein internationales Abkommen zur Prävention und Bekämpfung von Pandemien statt. Es geht darum, dass die WHO nicht nur Empfehlungen abgibt, sondern verbindliche Gesundheitsvorgaben an alle WHO-Mitgliedsländer herausgibt. Was das im deutschsprachigen Raum kaum bekannte Pariser Friedensforum und die Hauptsponsoren des Forums damit zu tun haben, erfahren Sie in dieser Sendung!**

Während derzeit weltweit fast „nur“ noch der Ukraine-Krieg die Schlagzeilen beherrscht, fanden Anfang März 2022 im Genfer WHO-Sitz die Verhandlungen über ein internationales Abkommen zur Prävention und Bekämpfung von Pandemien statt. Grundlage des Abkommens ist Art.19 der Verfassung der WHO, nach dem die WHO-Generalversammlung mit Zweidrittelsmehrheit für alle Mitgliedstaaten bindende Vereinbarungen beschlieβen kann.  
Der Vorschlag für einen internationalen Pandemievertrag wurde erstmals vom Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, im November 2020 auf dem Pariser Friedensforum angekündigt. Dieser Aufruf zu einem internationalen Pandemievertrag wurde auch von den Staats- und Regierungschefs der G7 (informeller Zusammenschluss der zu ihrem Gründungszeitpunkt bedeutendsten Industrienationen der westlichen Welt) in ihrer Erklärung vom 19. Februar 2021 hervorgehoben. Ende März 2021 publizierte die WHO einen Appell von 25 Regierungschefs, einen internationalen Pandemievertrag abzuschlieβen. Darunter war auch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Schweiz unterstützt das Ziel eines internationalen Pandemievertrags ebenfalls. Eröffnete doch Bundesrat Alain Berset am 24. Mai 2021 die 74. Weltgesundheitsversammlung der WHO mit dem Appell an die Mitgliedstaaten, eine derartige Gesundheitsschutz-Architektur zu unterstützen.   
Zum „Pariser Friedensforum“ schreibt der deutsche Wirtschaftsjournalist Norbert Häring in einem bemerkenswerten Artikel zum Pandemievertrag: Die Mission des 2018 gegründeten, in Deutschland kaum bekannten Forums sei, eine Plattform zu bieten, die allen offenstehe, die versuchen, Koordinierung, Regeln und Kapazitäten zu entwickeln, um globale Probleme zu lösen. Man verstehe sich als eine Art Reserve-Regelungsgremium der Weltgeschicke. Weiter enthüllt Häring, wer die Hauptsponsoren des „Pariser Friedensforum“ sind. Neben der EU-Kommission und dem Beratungsunternehmen Brunswick seien dies die Open Society Foundations des Milliardärs George Soros und Microsoft. Weiter die Gates-, Rockefeller- und Ford-Stiftungen, dazu noch die weltweit zweitreichste Stiftung – die medizinische Forschung fördert – Wellcome Trust und die Google-Tochtergesellschaft YouTube. Das sind auch die Hauptsponsoren der WHO und der internationalen Impfaktivitäten, so Häring.  
  
Auf den ersten Blick könnte der Normalbürger versucht sein zu denken, ein internationaler Pandemievertrag sei eine gute Sache, wäre man doch damit weltweit für Pandemien gerüstet.  
Interessanterweise wenden sich jedoch sehr viele Wissenschaftler, Ärzte und Anwälte gegen dieses Vorhaben, so z.B. der Weltgesundheitsrat.  
Doch aus welchen Gründen?  
Das WHO-Abkommen stelle eine Bedrohung der Souveränität der einzelnen Länder sowie der unveräußerlichen Rechte der Menschen dar, so der Weltgesundheitsrat. Weiter ist er der Ansicht, dass die Menschen ein Recht darauf haben, an allen Vereinbarungen mitzuwirken, die ihr Leben, ihren Lebensunterhalt und ihr Wohlergehen betreffen. Ohne einen unvoreingenommenen demokratischen Prozess sei jede Vereinbarung der WHO, die über die Vereinten Nationen getroffen wird, rechtswidrig, unrechtmäßig und ungültig. Auch das Netzwerk „Gesundheit für Österreich“ hat sich am 7. März 2022 in einem Offenen Brief klar gegen das Abkommen ausgesprochen. Hören Sie nun den Offenen Brief in deutlich gekürzter Form:  
  
„Sehr geehrte Damen und Herren …, wir möchten dringend vor einer sehr bedenklichen Entwicklung warnen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) plant, ein Abkommen über die „weltweite Pandemievorsorge“ zu etablieren. Der Vertrag wurde im Dezember 2021 präsentiert und am 1. März 2022 tagte ein Verhandlungsgremium zum ersten Mal. Laut Auskunft des Gesundheitsministeriums haben österreichische VertreterInnen der Schaffung eines „Pandemievertrags“ bereits zugestimmt.  
  
Das Vorhaben ist hochgefährlich  
  
Dieses Abkommen soll ermöglichen, dass die WHO nicht mehr wie bisher Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedsländer abgibt, sondern Entscheidungen trifft, die als Gesetze gelten und sogar über unserer Verfassung stehen sollen. Das „Abkommen zur Pandemievorsorge“ würde eine Umgehung aller demokratischen Institutionen bedeuten, denn die WHO selbst ist nicht demokratisch legitimiert. Die österreichischen BürgerInnen haben keinen Einfluss auf dieses Gremium, die gewählte Regierung würde zum ausführenden Organ degradiert.  
  
Aber was noch wichtiger ist: Die Unterzeichnung des Vertrags birgt für die Mitgliedstaaten ein enormes Gefahrenpotenzial. Denn das Abkommen würde es der WHO ermöglichen, den Ländern beliebige Maβnahmen zu diktieren. Einzige Voraussetzung: Sie erklärt zuvor den globalen Notstand. Was als „globaler Notstand“ gilt, entscheidet allerdings die WHO selbst.  
  
„Unabhängig“ sieht anders aus  
  
Ist die WHO nicht eine unabhängige internationale Organisation, die dem Wohl der Menschen dient? So war sie ursprünglich konzipiert. Inzwischen muss man sich fragen, ob die Weltgesundheitsorganisation immer noch ihren ursprünglichen Idealen folgt oder eher den Wünschen ihrer Geldgeber nachkommt. Sie finanziert sich nämlich nur noch zu 20 Prozent aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedsländer.  
  
Die restlichen 80 Prozent stammen aus Spenden,zum Teil von Stiftungen und der Pharmaindustrie. Und von diesen Geldern ist wiederum ein Groβteil zweckgebunden: Das heiβt, die Spender bestimmen, wofür die WHO ihr Geld ausgibt. „Unabhängig“ sieht anders aus. Wir dürfen uns schon fragen, ob es dabei wirklich um die Gesundheit der Menschen geht oder doch zunehmend um Geld und Kontrolle. Dass Letzteres zumindest eine groβe Rolle spielt, konnten wir schon im Zusammenhang mit der Schweinegrippe 2009 erleben: Bis 2009 definierte die WHO auf ihrer Website eine Pandemie noch mit „einer enormen Anzahl von Todes- und Krankheitsfällen“.  
  
Als sich herausstellte, dass die Schweinegrippe höchst harmlos verlief,verschwand dieser Passus plötzlich und es genügte, dass sich ein Erreger rasch in mindestens zwei Regionen ausbreitet, um eine Pandemie auszurufen. Nachforschungen des British Medical Journal und des Bureau of Investigative Journalism legten nahe, dass die Empfehlungen der WHO damals maβgeblich durch wirtschaftliche Interessen beeinflusst waren. Inwiefern die WHO in der aktuellen Corona-Pandemie unabhängig agiert hat oder ob wieder wirtschaftliche Interessen an ihren folgenschweren Entscheidungen beteiligt waren, wird noch untersucht werden müssen.  
  
Es ist höchste Zeit, NEIN zu sagen  
  
Tritt dieses geplante Abkommen also in Kraft,könnte die WHO nicht nur aufgrund eines mäβig gefährlichen Virus eine Pandemie ausrufen und der ganzen Welt strenge Maβnahmen vorschreiben. Sie könnte auch bei jeder beliebigen Infektionskrankheit eine Impfpflicht in allen Mitgliedstaaten verordnen. Impfstoffhersteller (die zum Teil auch die WHO finanzieren) hätten wohl nichts dagegen.  
  
Bei der ersten Sitzung des Verhandlungsgremiums am 1. März, wurden Vorgangsweise und Fristen festgelegt, um das weltweite Abkommen zur Pandemievorsorge auf Schiene zu bringen. Die zweite Sitzung soll am 1. August 2022 stattfinden. Ziel ist, das Abkommen bereits im Jahr 2024 rechtsverbindlich zu machen.  
  
Auch wenn die Pläne uns mit schönen Worten «verkauft» werden sollen:  
  
Es kann nicht sein, dass eine von der Pharmabranche und privaten Geldgebern abhängige Organisation über das Wohl der Erdbevölkerung bestimmt. Gleichzeitig macht eine solchermaβen zentralisierte Gesundheitspolitik keinen Sinn, da sie regionale und individuelle Bedürfnisse nicht berücksichtigen kann und das landes- oder regionsspezifische Reagieren auf eine Notsituation unmöglich macht. Schließlich verlangen andere Lebensumstände und Umweltbedingungen im Pandemiefall auch andere Maβnahmen.  
  
Soweit aus dem Offenen Brief von der Vereinigung „Gesundheit für Österreich“.   
  
Sollten die WHO-Mitgliedsländer diesen Pandemievertrag unterzeichnen, würde die WHO mit noch mehr Macht ausgestattet um ihre „Gesundheitsvorgaben“ durchzusetzen. Damit würde sozusagen eine Gesundheitsdiktatur durch die WHO installiert. Bestimmen würden diese schlussendlich die groβen Geldgeber der WHO, sie seien hier zur Erinnerung nochmal erwähnt: Die Open Society Foundations, die Gates-, Rockefeller- und Ford-Stiftungen, Wellcome Trust und die Google-Tochtergesellschaft YouTube. All diese Geldgeber sind nicht demokratisch durch die Völker gewählt oder legitimiert und würden trotzdem durch die WHO-Gesundheitsvorgaben die gesamte Weltbevölkerung kontrollieren!

**von b./brm.**

**Quellen:**

Zu den Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen  
<https://transition-news.org/morgen-beginnen-bei-der-who-in-genf-die-verhandlungen-uber-ein-verbindliches>  
  
Informationen des Europäischen Rates zum Abkommen  
<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>  
  
Wird der globale Pandemie-Vertrag der WHO uns den Dauer-Ausnahmezustand bringen?  
<https://norberthaering.de/macht-kontrolle/who-pandemievertrag/>  
  
Videos zum Pandemievertrag von Norbert Häring  
<https://www.youtube.com/channel/UC99JefKKsQBmQ6SgbrdlbXg>  
  
Zum Offenen Brief des Weltgesundheitsrates  
<https://transition-news.org/offener-brief-zum-pandemievertrag-der-who>  
  
Offener Brief der Wissenschaftlichen Initiative „Gesundheit für Österreich“  
<https://gesundheit-österreich.at/who-will-sich-jetzt-ueber-die-verfassung-ihrer-mitgliedslaender-stellen/>  
  
Schweizer Bundersrat Berset eröffnet WHO-Treffen  
<https://www.swissinfo.ch/ger/alle-news-in-kuerze/schweiz-fuer-globalen-pandemie-vertrag---berset-eroeffnet-who-treffen/46644068>  
  
Aufruf zum Schreiben an die Verantwortlichen  
<https://verfassungsfreunde.ch/de/nein-zum-who-pandemievertrag/?mc_cid=9551276b9c&mc_eid=fa72721465>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

**Verweis:**

**Internationaler Pandemievertrag - Die WHO auf dem Weg zur Weltregierung**

[www.kla.tv/22339](https://www.kla.tv/22339)

**Droht nun eine Impfpflicht durch die WHO?**

[www.kla.tv/22346](https://www.kla.tv/22346)

**Whistleblowerin Dr. Astrid Stuckelberger: Verdeckte Steuerung der Länder durch die WHO+**

[www.kla.tv/21620](https://www.kla.tv/21620)

#WHO - [www.kla.tv/WHO](https://www.kla.tv/WHO)  
  
#Impfpflicht - [www.kla.tv/impfpflicht](https://www.kla.tv/impfpflicht)  
  
#GesundheitMedizin - Gesundheit & Medizin - [www.kla.tv/GesundheitMedizin](https://www.kla.tv/GesundheitMedizin)  
  
#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.